



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Zusammenfassung der Ergebnisse von der Befragung „Wahlprüfsteine 2013“ Schwerpunkt 4: Ausländerrecht

Wir fragten die Parteien, in welchem Ressort sie den Rechtsbereich der Einwanderung und Integration am besten aufgehoben sehen. Wir wollten zudem wissen, ob sie sich vorstellen können, dass ein anderes Ministerium als das Innenministerium dieses Politikfeld übernimmt? Wenn ja, welches.

**Christlich-
Demokratische Union/
Christlich-Soziale Union
in Bayern**



Die **CDU/CSU** sehen Integration als Querschnittsthema und machen deutlich, dass sich dies bereits im Nationalen Aktionsplan-Integration widerspiegelt, an dem sich alle Ressorts mit Maßnahmen beteiligen. Sie betonen, dass Integration eine politische Kernaufgabe ist und daher der Arbeitsstab von Frau Prof. Böhmer im Kanzleramt angesiedelt ist, die das Thema konsequent vorangetrieben hat. CDU/CSU wollen keine Änderungen auf Bundesebene vornehmen, auch wenn sie sehen, dass es in einigen Bundesländern andere erfolgreiche Wege und Zuständigkeitsregelungen gibt.



**Freie Demokratische
Partei**






Für die **FDP** sind Einwanderung und Integration ebenfalls Querschnittsthemen, dabei hebt sie hervor, dass es ein gutes Zusammenspiel aller Ressorts geben muss. Sie hält den Dialog zwischen Verwaltung sowie Verbänden und Betroffenen vor Ort für unerlässlich und macht darauf aufmerksam, dass auf der Suche nach den besten Lösungen Ressortinteressen nicht im Vordergrund stehen dürfen. Der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration kann dabei eine wichtige Funktion zukommen.



**verband binationaler
familien und partnerschaften**


<p>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p> 	<p>Die SPD weist darauf hin, dass eine Auslagerung des Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht aus dem BMI nicht vorgesehen ist und spricht wie CDU/CSU und FDP von einer ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe. Sie will den Begriff „Integration“ überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation ersetzen.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> 	<p>Bündnis 90/Die Grünen meint, dass auch ein Bundesinnenministerium eine Politik in den Bereichen Einwanderung und Integration betreiben kann, die sich nicht nur an Ordnungspolitik orientiert. Ein guter Koalitionsvertrag sei Voraussetzung hierfür und der Wille, diesen in Wort und Geist umzusetzen. Sie spricht sich gegen eine Auslagerung nur einer dieser beiden Politikbereiche aus und verweist auf den Ressortzuschnitt der rot-grünen Landesregierung in Rheinland-Pfalz.</p>
<p>Die Linke DIE LINKE.</p>	<p>Aus Sicht der Partei Die Linke steht das BMI für eine Politik der Restriktion und Abwehr gegenüber Migrantinnen und Migranten. Die Dominanz von Ordnungs- und Sicherheitsfragen verhindern einen offenen, pluralistischen und unbefangenen Umgang mit Einwanderungsprozessen. Daher sei ein Wechsel der ministeriellen Zuständigkeit für diese Fragen geboten. Auch die Ansiedlung der Integrationsbeauftragten beim Bundeskanzleramt wird sehr kritisch gesehen. Ihr formal höherer Stellenwert büßte eigenständige Politikansätze ein, die nur noch marginal zu erkennen seien. Am Beispiel des Spracherfordernisses im Ehegattennachzug verdeutlicht Die Linke, dass sich die Integrationsbeauftragte eher der restriktiven Integrationspolitik verpflichtet fühlt als den Migrantinnen und Migranten.</p> <p>Die Linke hat keine abgeschlossene Positionierung zur Frage einer anderen ministeriellen Zuordnung dieser Thematik. Auch sie sieht, wie andere Parteien auch, die Querschnittsthematik in diesem Politikfeld. Sie diskutiert einige Szenarien wie z.B. die Gründung eines eigenen Integrationsministeriums oder die Zuordnung zum Bundesministerium für Arbeit und Soziales.</p>



Wir fragten weiter, wie die Parteien zur Anbindung des Aufenthaltsrechts an die eheliche Lebensgemeinschaft in den ersten drei Jahren stehen und ob sie einen Handlungsbedarf sehen? Auch fragten wir nach ihrer Position zu der Forderung eines sofortigen eigenständigen Aufenthaltsrechts.	
<p>Christlich Demokratische Union/ Christlich Soziale Union in Bayern</p> 	<p>Die CDU/CSU legt die aktuelle gesetzliche Regelung dar. Sie sieht die Mindestehebungszeit für den eigenständigen Aufenthalt im Zusammenhang mit der Gefahr eines Missbrauchs bei Scheinehen. Die CDU/CSU verweist in diesem Zusammenhang auf das Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsheirat, das so genannten Scheinehen vorbeugt und lehnt ein sofortiges unabhängiges Aufenthaltsrecht vom Ehegatten ab.</p>
<p>Föderalistisch Demokratische Partei</p> 	<p>Die FDP bezieht sich ebenfalls auf die aktuelle gesetzliche Regelung und will zwischen einer Missbrauchsgefahr bei Scheinehen und dem Recht auf einen eigenständigen Aufenthalt abwägen. Sie hebt auf den Härtefall ab, der für schwierige Lebenssituationen anwendbar ist. Ihr erscheint es sinnvoll die Anwendung der Härtefallregelung zu evaluieren.</p>
<p>Sozialdemokratische Partei Deutschland</p> 	<p>Auch die SPD weist bei diesem Thema auf das Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsheirat hin, mit dem die Mindestehebungszeit von zwei auf drei Jahren erhöht wurde. Die SPD lehnte diese Erhöhung bzw. diese rechtliche Verschärfung ab und sieht einen Handlungsbedarf, zu der vorherigen Regelung von zwei Jahren zurück zu kehren. Eine weitere Positionierung wird nicht vorgenommen, es wird ausgeführt, dass weitergehende Änderungen bislang nicht diskutiert wurden.</p>



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> 	<p>Bündnis 90/Die Grünen sieht die Belastungen für die Betroffenen, die vom Ehegatten aufenthaltsrechtlich abhängig sind, und für die Ehe insgesamt. Insofern halten sie es für gut, wenn die Eigenständigkeit des Ehegatten gefördert wird wie z.B. durch einen nun bestehenden sofortigen Arbeitsmarktzugang. Sie sehen eine Verkürzung der Frist für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht sowie die Erweiterung der Härtefallregelung als sinnvoll an.</p>
<p>Die Linke DIE LINKE.</p>	<p>Die Linke betont ihren energischen Widerspruch im gesamten Gesetzgebungsverfahren um die Verschärfung der Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre. Sie weist auf den Widerspruch hin, dass Frauen in Zwangssituationen nicht geholfen wird, wenn sie in diesen nun länger aushalten müssen. Zudem konnte Die Linke durch ihre Anfragen an die Bundesregierung die vorgegebenen Missbrauchsfälle widerlegen und erreichte zumindest für türkische Staatsangehörige unverändert die zweijährige Frist aufgrund des Assoziationsabkommens mit der EU. Sie lehnt strikt ab, dass mit angeblichen Missbrauchsfällen Politik auf dem Rücken der Migrantinnen und Migranten gemacht wird.</p>